

Ressort: Finanzen

Kabinett stimmt einheitlicher europäischer Bankenaufsicht zu

Berlin, 08.05.2013, 18:25 Uhr

GDN - Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung am Mittwoch den Gesetzesentwurf für eine einheitliche europäische Bankenaufsicht gebilligt. Durch die einheitliche Aufsicht sollen besondere Aufgaben der Bankenaufsicht von nationaler Ebene auf die Europäische Zentralbank (EZB) übertragen werden.

Wie es im Gesetzesentwurf des Finanzministeriums heißt, soll die Aufsicht der EZB durch Abgaben der beaufsichtigten Institute finanziert werden. "Es ist nicht auszuschließen, dass es dadurch zu einer Verteuerung der Aufsichtskosten kommt", heißt es laut dem "Handelsblatt" in dem Gesetzesentwurf. Er soll in der kommenden Woche im Bundestag beraten werden. Auch der Bundesrat muss dem Gesetz zustimmen. Die SPD sieht das Vorhaben kritisch. "Die Übertragung der Bankenaufsicht auf die EZB schafft mehr Probleme als sie lösen müsste", sagte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider, der Zeitung. Wichtiger sei die Schaffung eines Abwicklungsfonds, der von der Finanzindustrie finanziert werde.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-13335/kabinett-stimmt-einheitlicher-europaeischer-bankenaufsicht-zu.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSfV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619